

# PERU - "ein armer Bettler auf einer Bank aus Gold!"

Seit dem 19. Dezember 1996 halten die Revolutionäre des "Movimiento Revolucionario Túpac Amaru" immer noch 72 Geiseln in der japanischen Botschaft in Lima gefangen. Peru ist dadurch schlagartig in die Zeilen der Weltpresse gelangt. Dies war möglich dank unserer auf sensationelle Meldungen getrimmten Medien. Doch Hintergrundberichte, die eine Erklärung solcher Gewaltaktionen versuchen, sind immer noch eine Seltenheit. Dabei will der MRTA aufmerksam machen auf Folter, inhumane Haftbedingungen und das menschenrechtsverletzende Amnestiegesetz von 1995, dessen Abschaffung *Amnesty international* gefordert hat.

Die zum Himmel schreiende, ungerechte und ungerechtfertigte Verarmung des größten Teils der peruanischen Bevölkerung bleibt im Schatten der Nachrichten zurück. Dies, obwohl die erste Forderung der Geiselnnehmer an die neoliberale Regierung Fujimoris eine soziale Wirtschaftspolitik ist, die allen Peruanern zugute kommen soll.

In einer dreiteiligen Artikelserie über Peru sollen die Hintergründe der sehr schwierigen wirtschaftlichen und moralischen Lage im Andenstaat beleuchtet werden.<sup>2</sup> Denn Aktionen, wie die des MRTA, sind auch ein "Produkt" jenes gesellschaftlichen Dschungels, wo jeder im sozialen Überlebenskampf auf sich gestellt ist.

Dieser erste Artikel handelt von den Auswirkungen der neoliberalen Wirtschaftspolitik Fujimoris. Er aktualisiert sozusagen das "forum"-Dossier in Nr. 119 von April 1990.

## Kapitalisten und ...

Während Weltbank und Internationaler Währungsfond (IWF) Peru ganz oben setzen auf der Liste der lateinamerikanischen Staaten, die dem Credo des neoliberalen Weltmarktes Folge leisten, verschlechtern sich die Lebensbedingungen von zwei Dritteln der Bevölkerung. Beim Ausverkauf des Reichtums des Andenstaates an ausländische Unternehmen und Industrien bleibt der Profit und angehäufte Reichtum weitestgehend ungeteilt im Besitz der reichen Kapitalbesitzer und wandert wieder außer Landes. Allerdings haben ausländische Unternehmen schon immer in Peru investiert, allen voran Großbritannien und die USA, die früher zahlreiche Minen und Besitztümer besaßen.

Die neoliberale Ära erfährt heute in Peru eine Besonderheit, die typisch ist für das Land: es ist gewissermaßen eine Reaktion auf den Willen des Staates, der sich in der rezenteren Vergangenheit radikal durchzusetzen suchte. Es begann mit dem gewählten Präsidenten Belaúnde Terry, der 1964 erste Schritte zu einer Landreform einleitete. Nach einem linksnationalistischen Putsch von J. Velasco Alvarado wird 1968 eine Militärregierung gebildet, die die Agrarreform von Belaúnde mit aller Straffheit durchführt. Die nachfolgenden Verstaatlichungen<sup>3</sup> haben die herrschenden Großgrundbesitzer im Land immer mehr enteignet und in die Enge getrieben. Damals zeigte sich der Staat als aggressive Institution, die über inländische wie ausländische Mächtige bestimmte.

Heute möchte das neoliberale Wirtschaftsprogramm in Peru sich autoritäre Machtstrukturen geben, die die

Rolle des Staates herabsetzen, um "ein Land zu errichten, in dem die Mächtigen in Ruhe gelassen werden, geschützt in ihren traditionellen Lebensweisen. Die Herren sollen die Herren sein!"<sup>4</sup>

Obwohl Peru im Laufe des Jahres 1996 in der Gunst von Weltbank und IWF sehr gestiegen ist, bleibt die Lebenserwartung im Andenstaat eine der niedrigsten auf dem Kontinent, die Kindersterblichkeit eine der höchsten und die Situation im Gesundheits- und Erziehungswesen unter den Durchschnittsstandards des Kontinents. Diese Anliegen sind natürlich nicht die Hauptsorge der ausländischen Industrien und Investitionen, die in den letzten zwei Jahren das Land regelrecht aufkaufen. Dies geschieht mit dem Segen der Regierung Fujimori, die ihr Heil in der neoliberalen Wirtschaftspolitik sucht. Bischof José Dammert ist überzeugt, daß "die Regierung Fujimori sich ganz dem ausländischen Kapital unterworfen hat, von dem es ganz abhängt. Peru ist kein souveräner Staat mehr, da Weltbank und Kreditgeber die Lage total bestimmen".<sup>5</sup>

Aus einem rezenten Bericht des Wirtschaftsministeriums geht hervor, daß das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf unter das Niveau von 1966 gefallen ist und daß die Armut 49,6% und die extreme Armut fast 20% der peruanischen Bevölkerung betrifft.<sup>6</sup>

Dabei hatte man während der letzten zwei Jahre fast vergessen, daß es nicht so lange her ist, daß extremistische Terrororganisationen die industriellen Infrastrukturen sowie das Zusammenleben der Peruaner täglich mit Bombenanschlägen ernstlich gefährdeten.

## ... Terroristen oder ... Revolutionäre?

Der legendäre Chef der maoistischen Terroristenorganisation 'Sendero Luminoso' (Leuchtender Pfad), Abimael Guzmán fiel 1992 der Polizei in die Hände. Damit verlor die blutigste Terroristenorganisation in Peru an Boden und an Unterstützung durch die Bevölkerung.<sup>8</sup>

Die kleinere revolutionäre guevaristische Bewegung 'Movimiento Revolucionario Túpac Amaru' (MRTA) stand immer im Schatten von Sendero, auch weil sie nicht die mörderischen Gewaltaktionen veranstaltete wie Sendero. Viele Anhänger dieser beiden Bewegungen sind Jugendliche, die entlassen wurden und nirgends eine neue, ihren Qualifikationen entsprechende Arbeit finden. Sie hoffen, in diesen revolutionären Bewegungen ihrem Leben wieder einen Sinn geben zu können.



Pancho  
in: Le Monde

Was viele europäische Medien in den letzten Wochen nicht sagten, ist die Tatsache, daß in den letzten Jahren viele Militärs, Polizeikräfte und Milizen, die Menschen im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus gefoltert und umgebracht hatten, freigelassen worden sind. Dies gemäß dem sehr umstrittenen Amnestiegesetz vom 14. Juli 1995. Das gleiche trat jedoch nicht ein für die Hunderten von Inhaftierten, die der Sympathisierung mit den Terroristen verdächtigt oder die unter Todesdrohungen durch Terroristen zu deren Mitläufern wurden. Die meisten von ihnen wurden, ohne Prozesse, zu lebenslangen Haftstrafen

verurteilt. Viele Menschenrechtsorganisationen<sup>9</sup> und Parlamentarier verlangen seit Monaten, daß die anti-terroristische Gesetzgebung abgeändert werde, denn sie wurde in einem Moment verordnet, da der Staat von Sendero Luminoso ernstlich bedroht war.

Diese ungerechte Haltung der peruanischen Regierung ist eine Ursache, daß der MRTA bei seiner zentralen Geiselnahme die Freilassung und verbesserte Haftbedingungen für seine Anhänger und Sympathisanten forderte. Die Frage, ob Sendero Luminoso oder das MRTA wirklich mehr Demokratie und soziale Freiheiten bringen würden, falls sie an die Macht kämen, verneint Bischof Dammert: "Ihr Ziel ist es, sich als neue Herrschergruppe an die Macht zu setzen, um das zu verwirklichen, was ihren Interessen oder ihrer Ideologie entspricht, ohne die Interessen des Volkes zu berücksichtigen."<sup>10</sup>

## Privatisieren

In den neunziger Jahren nehmen die ausländischen Investitionen in Lateinamerika zu, nicht zuletzt als Folge der Privatisierungen von Seiten der neoliberalen oder konservativen Regierungen der meisten dieser Länder. Ein Bericht der Weltbank hält fest, daß in den neunziger Jahren 30% der 32.700 Mio Dollars für den Bergbauausbau weltweit nach Lateinamerika gingen.<sup>11</sup> In den achtziger Jahren waren es noch 13% gewesen. Große Investitionsmöglichkeiten bestehen im Dienstleistungssektor und in den Fabriken.

Was die Direktinvestitionen anbelangt, sind die USA Hauptinvestoren: 73 % des Totals, gefolgt von Europa: 24 % (der größte Teil entfällt auf Spanien). Ein Bericht des peruanischen Wirtschafts- und Finanzministeriums errechnete, daß die Privatisierungen dem Staat, von 1996 bis 1998, rund 6.620 Mio. Dollar einbringen werden.<sup>12</sup> Nicht alle Privatisierungen werden von der Bevölkerung mit Wohlwollen aufgenommen. So haben die Privatisierungen von Petropéru<sup>13</sup> (die nicht defizitär war) und Telefónica del Perú, den staatlichen Erdöl- und Telekommunikationsgesellschaften, viele Widerstände und Unbehagen bei weiten Teilen der Bevölkerung hervorgerufen. Vor allem als Journalisten nachwiesen, daß diese Gesellschaften weit unter ihrem Preis verkauft wurden und die Umweltsanierungen für die Erdölgesellschaften beim Verkauf nicht festgelegt wurden.

Die Fujimoriregierung verliert keinen Moment, um nachzuweisen, wie diese Millionen der Bevölkerung dienen werden. So wird u. a. eine Selbstversorgung mit Erdöl für die nächsten zehn Jahre prognostiziert. Eine Verbesserung der Staatsreserven wird vorausgesagt und den Armen des Landes wird das Gefühl vermittelt, sie würden früher oder später von diesem Geld profitieren.

Die Bank Morgan Stanley, bekannt als führendes Geldanlageinstitut, sprach Peru den höchsten Wert (overweight) zu für die guten Bedingungen, die ausländisches Kapital vorfindet. Damit gehört Peru, mit Brasilien, Venezuela und Mexiko, momentan zu den vier attraktivsten Ländern Südamerikas für ausländische Investitionen. Jay Pelosky, von Morgan Stanley, sagte für Peru ein Wirtschaftswachstum von 3% oder

5% in den nächsten Jahren voraus. Eine niedrige Inflationsrate und eine relativ stabile Währung seien gute Bedingungen für Unternehmen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern möchten.<sup>14</sup> Er nannte folgende Bereiche, die das Interesse des fremden Kapitals wecken können: Bergbau, Zementindustrie, Banken und Handel.

Michael Fairbanks und Stace Lindsay, Leiter der internationalen Beratungsgesellschaft Monitor Company, sprachen sich dafür aus, daß Peru Touristen der oberen Gehalterschicht anziehen sollte (die "Yuppies" aus Europa und USA). Dieser auserwählte Tourismus ("turismo sofisticado") sei die beste Wahl für das Land.<sup>15</sup>

Nach den spanischen Conquistadoren (vor 500 Jahren) kamen die Engländer und die Nordamerikaner und heute sind wieder Spanier, mit Japanern, Franzosen, Chilenen und Koreanern, die großen Nutznießer der Schätze des Landes. Seit 500 Jahren werden diese (man denke an die großen Goldmengen!) außer Landes gebracht, während die arbeitende Indiobevölkerung, wenn sie nicht mehr gebraucht wird, einfach verarmt. Für Bischof José Dammert besteht kein Zweifel, daß "die Souveränität des Landes bei IWF, Weltbank und USA liegt, die im Land machen, was ihnen lieb ist. Es gibt keine Möglichkeit, sich ihnen zu widersetzen."<sup>16</sup>

## Ewige Auslandsverschuldung

Am 20. Juli 1996 begab sich der peruanische Wirtschafts- und Finanzminister Jorge Camet mit einer ganzen Delegation nach Paris, um mit dem "Pariser Club" die peruanische Auslandsschuld neu zu diskutieren. Es ging um ungefähr 9.654 Mio. US \$, fast ein Drittel der Gesamtauslandsverschuldung, die ca. 32.000 Mio. US \$ beträgt.<sup>17</sup>

Nach den neuen Vereinbarungen mit dem Pariser Club sind sich viele Experten darin einig, daß Peru nicht imstande sein wird, ab 1999 jährlich 1.000 Mio. US \$ an seine Schuldner zurückzuzahlen, sodaß mit weiteren Kreditaufnahmen in den nächsten Jahren zu rechnen ist. Dabei berufen sich die Kritiker hauptsächlich auf die sinkenden Preise auf dem Weltmarkt für mineralische Produkte (und damit sinkende Einnahmequellen), die die Haupteinnahmequellen für Peru sind. Auch daß das BIP bis 1998 zwischen 6% und 7% steigen wird, wie bei den neuen Verträgen mit dem Pariser Club behauptet, wird als zu optimistisch angesehen. Alle Hoffnungen, daß das Land seine große Auslandsverschuldung vor dem Jahr 2050 abbauen kann, basieren ausschließlich auf den erhofften Erfolgen und Erträgen der Privatisierungen und der privaten Industrie. Es ist schon heute als rein illusorisch anzunehmen, daß die Einnahmen dermaßen ansteigen werden.

Die große Auslandsverschuldung Perus ist im historischen Kontext der Dritten Welt und Lateinamerikas zu sehen. Dabei spielen die Hyperinflation von Anfang der 70er Jahre und die Erdölkrise von 1973-74 und die damit einhergehende Rezession in den USA und in den meisten Industrieländern eine wichtige Rolle. Hier ist im makroökonomischen Bereich ein

Einschnitt in der allgemeinen Evolution der Staaten der Karibik und Lateinamerikas zu sehen.

Während zwischen 1961 und 1973 das geleistete Produkt pro lateinamerikanischen Arbeiter jährlich durchschnittlich um 2,8% stieg, war diese Steigerung zwischen 1974 und 1982 nur noch 0,3% und zwischen 1983 und 1990 -0,7%.

Während 1960 das Bruttonettoprodukt (BSP) pro Einwohner Lateinamerikas und der Karibik 25,6% von dem der reichen Länder war, die eine Marktwirtschaft haben, lag dieser Prozentsatz 1970 und 1980 bei 22,8% und 1990 bei 16,7%. In 30 Jahren ist somit das BSP pro Einwohner von einem Viertel zu einem Sechstel von dem der reichsten Länder geworden.<sup>18</sup>

## Mehr Armut

Selbstverständlich kann man die schlechten Lebensbedingungen der meisten Peruaner nicht ausschließlich als eine Konsequenz der hohen Auslandsverschuldungen sehen. Aber die Kinder sind die ersten Leidtragenden der Krise, mit einer erhöhten Kindersterblichkeit und mehreren Kindererkrankungen. UNICEF schreibt, daß "die armen Kinder die Auslandsverschuldung zahlen, indem sie dieser ihr normales Wachsen, ihre Gesundheit und ihre einzige Gelegenheit sich zu bilden opfern."<sup>19</sup> Zusammen mit den Kindern sind die alten und kranken Menschen betroffen. Die ärmeren Indios und neuen Siedler in den Küstenstädten solidarisieren sich, um sich in der Krise gegenseitig zu helfen.<sup>20</sup> Der Staat bleibt überall abwesend. Er unterstützt aber alle Bemühungen der reichen Großgrundbesitzer nach mehr Reichtum, während die Armen weiter ausgebeutet werden.

Die Zukunft Perus sowie aller Länder der Region sieht düster aus, denn es wird damit gerechnet, daß im Jahr 2000 Lateinamerika und die Karibik ca. 300 Mio. Armen haben werden. Diese Zahl wird damit dreimal höher sein als 1960. Andererseits wird das Problem der Auslandsverschuldung nicht verschwinden, sondern eher zunehmen. Dafür sind vor allem folgende Faktoren verantwortlich: Zunahme der Totalverschuldung, Erhöhung der Zinsen in den nördlichen Ländern; Protektionismus der Märkte im reichen Norden; Privatisierungen zugunsten von ausländischen Unternehmen, die dem Land keine Devisen bringen, dafür aber die Preise bestimmen.<sup>21</sup>

Diese Zahlen belegen, daß die Scheere zwischen dem reichen Norden und dem wirtschaftlich unterentwickelten Süden weiter wachsen wird, falls keine gerechtere Weltordnung in die Wege geleitet wird.

Um die Armut zu eliminieren hat die Regierung Fujimori den FONCODES (Fondo de compensación social) geschaffen. Es ist eine Institution, die direkt dem Präsidenten untersteht und die eingesammelten Reichtümer wieder punktuell an die Ärmsten verteilt. Aber es ist eher ein Alibi, wie der Anthropologe Luis Mujica sagt. "Die Regierung will nämlich kein längerfristiges Programm entwerfen, um die Armut zu beseitigen. Heute gibt es staatlicherseits keine Institution, die sich ausschließlich mit dem Thema Armut in Peru beschäftigt."<sup>22</sup>

**"Die Souveränität des Landes liegt bei IWF, Weltbank und USA, die im Land machen, was ihnen lieb ist. Es gibt keine Möglichkeit, sich ihnen zu widersetzen." Bischof José Dammert**

## (Neoliberale) Ordnung und (innere) Sicherheit

Bei seiner Rede, anlässlich des nationalen Feiertages am 28. Juli 1996, bezeichnete A. Fujimori sein Land als eines "der (glänzenden) Sterne Lateinamerikas" (unas de las estrellas de Latinoamérica). Der Präsident wählte sein Land auf dem richtigen Weg, die Armut zu eliminieren, indem er z. B. neue Straßen, erweiterte Flughäfen und Schulen bauen ließe. "Der Fortschritt ist ansteckend" (el progreso es contagioso), sagte der Präsident. Er brüstete sich auch damit, daß unter seiner Regierung das Land wieder "Ordnung und Sicherheit" (orden y seguridad) erlangt habe, indem er die Hyperinflation ausschaltete, den Tourismus aufleben ließ und die Rebellenorganisationen fast auflöste. Fünf Monate danach beweist die Geiselnahme des MRTA die falsche Einschätzung der Untergrundbewegungen.

Fujimori konnte sich natürlich nicht auf eine Tradition von sozialer Politik stützen, die es in Peru in der Vergangenheit kaum gegeben hat, obwohl die peruanische Bevölkerung, während der letzten 50 Jahren, sich zunehmend ihrer Rechte bewußter geworden ist. Die Regierung Fujimoris hat seit 1990 nichts getan, um eine soziale Politik in die Wege zu leiten. Im Gegenteil, von 1990 bis 1991 entließ Fujimori etwa 100.000 Staatsfunktionäre und ermöglichte damit, daß das Gleiche in den Gemeindeverwaltungen geschah.

Es gibt heute, nach sechs Jahren Fujimoriregierung keine Sozialpolitik, die Strategien einer ganzheitlichen Entwicklung für das Land aufweist, gekoppelt an Wirtschaftsprogramme, Schaffung von Arbeitsplätzen, Projekte einer örtlichen und regionalen Entwicklung, Partizipation der Bevölkerung, damit längerfristig die Armut überwunden werden könnte.<sup>23</sup>

Was die Terrorismusbekämpfung anbelangt, verschwieg der Präsident, daß es die Militärs gewesen sind, die die Führer von Sendero Luminoso und MRTA ins Gefängnis brachten. Sie haben in diesem Jahrhundert immer den Andenstaat direkt oder indirekt kontrolliert.<sup>24</sup> Demokratie ist in Peru immer "eine Übereinkunft von Wenigen im Interesse von partikulären Anliegen gewesen", wie der Journalist Nicolás Lynch schreibt.<sup>25</sup> Und zu den Wenigen gehört im Andenstaat immer das Militär und die Oligarchie der besitzenden Familien. Die Indiobevölkerung blieb immer ausgeschlossen. Dazu kommt heute die Korruption in der Justiz, im Militär, denn man versucht auf allen möglichen Wegen zu Geld zu gelangen. Die Drogenmafia zieht immer größere Kreise.

## Im Dienste von IWF, Weltbank und Pariser Club

Warum wurde Fujimori 1995 vom Volk wiedergewählt?

Auch heute, sechs Jahre nach Beginn der Ära Fujimori, rätseln viele PeruanerInnen, vor allem aus dem linken politischen Spektrum, wie es möglich ist, daß Fujimori soviel Erfolg gehabt hat und noch immer

(nach den letzten Umfragen) gut 50% der Gunst des Volkes genießt.

Der Ingenieur und Universitätsprofessor Alberto Fujimori war 1990 Gegenkandidat des bekannten peruanischen Schriftstellers Mario Vargas Llosa, der ein konservatives Wahlprogramm hatte. Mit seinem antiliberalen und wirtschaftlichen Schockprogramm sicherte sich der unbekannte Ingenieur und Wirtschaftswissenschaftler Alberto Fujimori die nötigen Wählerstimmen (auch bei den Armen), um seinen Rivalen zu schlagen. Vorausgegangen war die Regierung von Alán García von der APRA<sup>26</sup>, der sich vor allem durch Mißwirtschaft bekannt machte. Fujimori wiederholte seinen ersten Wahlsieg 1995 (64% Stimmen) gegen den konservativen Perez de Cuellar (21% Stimmen), konservativer Kandidat der Unión por el Perú.

Fujimori, in Peru auch "el Chinito" (der kleine Chinese) genannt, wegen seiner asiatischen Herkunft, brach offensichtlich mit den Korruptionsaffären, Lügen und Mißbräuchen und ungehaltenen Versprechen seiner Vorgänger. Er trat als ehrlicher und aufrichtiger Politiker auf. Wahrscheinlich spielt seine japanische Herkunft und Identität eine nicht unwesentliche Rolle. Er zeigt sich effizient in den wenigen punktuellen Initiativen, die er durchführt. Dies machte großen Eindruck vor allem auf die Ärmere, die ihm ihre Stimme gaben und nicht dem Kandidaten der Oligarchien. Für das Volk aber blieb verborgen, daß es ihm darum ging, die Forderung von IWF, Weltbank und Pariser Club zu erfüllen.

Als Erfolge seiner Politik werden ständig genannt: öffentliche Ausgaben des Staates, die durch seine Besteuerungspolitik gesichert sind und die Beendigung der Hyperinflation (1996 liegt sie bei ca. 11%). Die Kritiker der Stabilisierungspolitik Fujimoris weisen jedoch zu Recht darauf hin, daß der Versuch, die Wirtschaft zu stabilisieren, vor allem gegen die Interessen der lokalen Produzenten durchgeführt wurde und das Volk das Gewicht der Krise zu tragen hat. Die "strukturelle Anpassung" (ajuste) hat vor allem der reichen Oberschicht genützt, die die finanzielle Macht in ihren Händen konzentriert. Obwohl die Verfassung Perus das Soziale als zum Markt zugehörig definiert, hat die Regierung Fujimoris diesen Absatz bis jetzt ausgeklammert.

## Caudillo Fujimori

Luis Mujica meint, daß Fujimori vom Volk wiedergewählt wurde aufgrund eines charakteristischen GrundzugS der peruanischen Mentalität, der darin besteht etwas zurückzugeben, wenn man was bekommen hat. Auch wenn die meisten Menschen von den punktuell eingeweihten Bauten und Straßen nichts direkt hatten, haben sie Fujimori mit ihrer Wahlstimme gedankt.

Fujimori versteht es jedoch immer wieder, den direkten Kontakt mit dem einfachen Volk aufzunehmen. So scheute er sich nicht während seines Cuzco-Besuches, im Juli 1996, die Bevölkerung zu ernuntern, weniger Hähnchenfleisch zu essen, dafür mehr Quinoa und andere inländische Getreidearten, die einen

**Kein anderer Präsident vor Fujimori hat dermaßen den Kontakt, auch mit der armen Bevölkerung, gesucht und gefunden. Er prophezeit, daß sein Wirtschaftsprogramm eines Tages, ohne daß man das Datum wisse, auch den Armen zugute kommen wird. Mit diesem Credo offenbart er sich als treuer Glaubensanhänger der neoliberalen Wirtschaftspolitik.**

hohen Protein- und Vitaminwert haben<sup>27</sup>. Kein anderer Präsident hat vor ihm den Kontakt, auch mit der armen Bevölkerung, dermaßen gesucht und auch gefunden. Fujimori prophezeit, daß sein Wirtschaftsprogramm eines Tages, ohne daß man das Datum wisse, auch den Armen zugute kommen wird. Mit diesem Credo offenbart er sich als treuer Glaubensanhänger der neoliberalen Wirtschaftspolitik.

Aber nicht die deklarierten Programme waren ausschlaggebend. Damit zeigt sich A. Fujimori in direkter Verbindung mit der populistischen, machiavellistischen Caudillotradition Lateinamerikas. Mit ihm hat sich die Beziehung zwischen Herrschenden und Beherrschten nicht geändert.<sup>28</sup>

Am Nationalfeiertag brachte "La República" eine Spezialbeilage zu den Fujimorijahren 1990-96 heraus, wo in Hintergrundartikeln aufgezeigt wurde, warum die Fujimoriregierung seit 1990 nichts oder fast nichts Handfestes aufzuweisen habe. Kurz gefaßt waren folgende sieben Bereiche erwähnt:

Korruption: Freunde sind unantastbar; Demokratie: konzentriert sich im Regierungspalast; Erziehung: eine Million Analphabeten; Arbeit: jeden Tag unsicherer; Menschenrechte: Freiheit für die Schuldigen; Dezentralisierung: jeder Vorschlag verschwindet in einer Schublade; Wirtschaft: die Rezession nimmt zu<sup>29</sup>.

Am Tag nach dem Nationalfeiertag, titelte "La República", daß der Präsident für 1996 indirekt große wirtschaftliche Schwierigkeiten zugestanden habe.<sup>30</sup> Harte Kritik erntet die Regierung Fujimori besonders was die Löhne und Gehälter betrifft, die einen historischen Tiefstand erreicht haben, wobei rund 68% der PeruanerInnen keinen gesicherten Arbeitsplatz haben. Die effektive Produktionssteigerung der letzten Jahre hat keine neuen Arbeitsplätze für den größten Teil der Bevölkerung geschaffen. Desweiteren hat die Regierung das Prinzip fallengelassen, für die Armen und Schwachen aufzukommen, die unter dem Existenzminimum leben.

Schließlich bezeichnet Bischof Dammert die neoliberale Politik in seinem Land "als ein enormer Egoismus der reichen Klassen, die immer reicher werden und denen der Rest der Bevölkerung egal ist."<sup>31</sup>

## Demokratisierungsprozesse

Trotz aller Schwierigkeiten ist nicht alles schwarz in Peru. Bekannt sind das Solidaritätsempfinden der PeruanerInnen, vor allem in der Sierra und in den Armenvierteln, die die Hauptstadt umgeben. Auch wenn man Peru nicht als eine Demokratie bezeichnen kann, wie dies in Europa der Fall ist, nehmen die Demokratisierungstendenzen seit einigen Jahrzehnten zu. Die Menschen haben soziale Errungenschaften erreicht. Es ist einem Menschen heute grundsätzlich möglich, sich ein Haus zu kaufen oder selbst zu errichten oder ein Stück Land zu besitzen. Der Kampf um individuelle und persönliche Rechte hat beim Volk das Bewußtsein für soziale Grundrechte (Recht auf Arbeit, soziale Sicherheit, Gesundheit, Erziehung, Wasser, Ernährung usw.) bewirkt. Dies war für

das Proletariat unter den früher herrschenden Oligarchien nicht möglich. Die Wende kam mit dem Putsch des Militärs von J. Velasco Alvarado im Jahre 1968. Die Frauen haben in den letzten Jahren eine wichtige Rolle gespielt im Kampf für die Rechte auf eine angemessene Grundernährung.

Auch wenn die Gewerkschaften sogut wie verschwunden sind, organisieren sich die Menschen in ad hoc Gruppen, wenn ein dringend zu lösendes Problem ansteht. Luis Mujica meint, daß "die Zeiten der großen Meetings und Massenveranstaltungen vorbei sind. Die Menschen versuchen jetzt über kleine Organisationen, die ihre Anliegen verteidigen, mit dem Staat zu verhandeln."<sup>32</sup>

**Claude Pantaleoni**

*PS: Im nächsten Artikel sollen folgende Aspekte Perus beschrieben werden: Schulwesen, Straßenkinder, zentralistische Verwaltung, Mangel an Arbeitsplätzen, Grenzkonflikt mit Ekuador, Drogenmafia.*

1 entfällt

2 Während meiner Reise in Peru, im Sommer 1996, konnte ich vor Ort die schwierige Lage erfahren. Viele meiner Informationen stammen aus dem Instituto Bartolomé de Las Casas in Lima. Hier hatte ich auch die Gelegenheit den



*In Lima nicht zu übersehen: Bombos Grill, amerikanisches Fastfood und die chinesischen Supermärkte WONG.*

emeritierten Bischof José Dammert Bellido zu interviewen. Er betreibt Forschungen auf den Gebieten der Theologie und der (Kirchen)geschichte Perus.

Der Titel des Artikels stammt vom alten peruanischen Spruch: "Peru es como un mendigo sobre un banco de oro!"

3 Oktober 1968: Verstaatlichung der US-amerikanischen Erdölgesellschaft International Petroleum; Juni 1969: Enteignung der Zuckerhaciendas; April 1970: Verstaatlichung des Mineralienhandels; Sept. 1970 Verstaatlichung ausländischer Banken; Dez. 1973: Nationalisierung des US-amerikanischen Minenkonzerns Cerro de Pasco; Juli 1974: Enteignung der großen Tageszeitungen.

4 (Eig. Übers.) in: Neoliberalismo y desarrollo popular (Materiales de trabajo), Instituto Bartolomé de Las Casas + CEP, Lima, März 1995, S. 22.

5 Eigenes Interview mit dem emeritierten Bischof José Dammert Bellido im Instituto Bartolomé de Las Casas in Lima am 25. Juli 1996. Bischof Dammert bleibt ein überzeugter Befürworter des Zweiten Vatikanischen Konzils und der Verteidigung der Indio-kulturen. Er war während dreißig Jahren Bischof von Cajamarca, einer Diözese im Norden Perus.

6 In: El Comercio (älteste Tageszeitung Perus), 21. Juli 1996, El fantasma del embargo... (economía y negocios, S.1)

Derselbe Artikel sagte, daß das Durchschnittseinkommen von Staatsbeamten bei ca. 200 US \$ liegt. Ein Liter Benzin kostete im Sommer 1996 ca 2.50 US \$.

7 Ich kann mich nicht der Auffassung des peruanischen Schriftstellers Mario Vargas Llosa anschließen, der in einem Artikel in der spanischen Tageszeitung El País (in Le Monde vom 31.12.96 übersetzt) schreibt, daß es in Peru nur extremistische Terroristen gibt, die mit allen Mitteln zu bekämpfen sind. Als Angehöriger der reichen Oligarchie Perus hat der konservative Schriftsteller sich nie für die Armen oder für Reformen in seinem Land eingesetzt, auch nicht als er 1990 die Präsidentschaftswahlen verlor, gegen den damals unbekanntenen Alberto Fujimori (58% der Stimmen). Llosas Programm unterschied sich in nichts von dem vorangegangener Präsidenten. Deshalb wählte die Mehrheit des Volkes den unbekanntenen Ingenieur A. Fujimori.

8 Der Philosophieprofessor Abimael Guzmán hatte 1970 Sendero Luminoso in Ayacucho gegründet. Seit 1980 ist die Bewegung weltweit durch ihre Terroranschläge bekannt geworden. Bis heute sind Zehntausende von Menschen (Militär, Polizei, Politiker, Campesinos und Städter) Opfer von Sendero geworden. Zeitweise wurden ganze Landstriche, vor allem in der Sierra, von Sendero beherrscht. Vgl. "forum" Nr. 119/1990, S. 26-29.

Das MRTA ist seit 1983 aktiv. Während die Senderisten maoistische und marxistisch-leninistische Theorien verfolgen, hat das MRTA seinen Namen vom letzten Inkasproß Túpac Amaru I., der von den Spaniern 1572 in Cuzco öffentlich hingerichtet wurde. Anfangs 1989 wurde der Gründer Rolando Polay Campos festgenommen. Obwohl die Aktionen beider Bewegungen durch die Gefangennahme ihrer führenden Köpfe und weiterer Führungskader abgenommen haben, gehen militante und gezielte Aktivitäten (wie die Geiselnahme in der japanischen Botschaft beweisen) begrenzt weiter.

Von 1970 bis 1994 gab es in allen Lagern insgesamt 27.000 Tote.

9 Die international anerkannte Menschenrechtsorganisation "Amnesty international" ist in ihrem letzten Jahresbericht von 1996 ausführlich auf dieses Amnestiengesetz eingegangen, um es zu verurteilen. Durch dieses Gesetz wurden Tausende von Akten "geschlossen", die Menschenrechtsverletzungen betreffen, die zwischen Mai 1980 und Juni 1995 geschahen. Davon betroffen sind etwa 5000 "Verschwundene" sowie außergerichtliche Hinrichtungen und mehrere hundert Fällen von Folter, schlechten Behandlungen und Todesdrohungen.

Siehe zur Situation der Menschenrechtsverletzungen in Peru: Amnesty international, Rapport 1996, Pérou, S. 275-278.

10 Wie Anm. 5.

11 Jorge Figueroa, Inversiones en América Latina, in: GESTION, 31. Juli 1996, S. 25. GESTION ist eine Tageszeitung, die sich vor allem auf Wirtschaftsfragen konzentriert.

12 Ibidem.

13 1994 wurden 109 Mio. Tonnen Erdöl unter peruanischem Boden vermutet, von denen 1/5 lokalisiert sind. Peru hat auch große Gasreserven (200 Mia. m<sup>3</sup>).

14 In: Peru entre los cuatro países más atractivos de América Latina, GESTION, 12. Juli 1996, S. 40.

15 Ibidem; siehe auch: Perú: uno de los más atractivos de A.L., in: El Sol, sección Economía, 13. Juli 1996, S. 8.

16 Eigenes Interview, 25. Juli 1996.

17 Zahlen aus: Durante 28 horas seguidas negoció Camet con el Club de Paris en tramo final, in: El Comercio, 21. Juli 1996, S. 8. Im selben Artikel steht, daß Peru dem Pariser Club in den Jahren 1993, 1994 und 1995 respektiv 329 Mio., 354 Mio. und 403 Mio. gezahlt hat. Die größten Schulden hat das Land mit Frankreich (1.820 Mio US \$), Japan (1.760 Mio US \$), USA (1.490 US \$), Italien (1.170 Mio. US \$).

18 Vgl. Javier Iguíñiz Echeverría, in: Deuda externa en América Latina, Instituto Bartolomé de Las Casas-Rímac, CEP, April 1995, S. 13.

19 UNICEF, The State of the World's Children, 1990. Summary. New York, 1990, S. 4, zitiert in: Javier Iguíñiz Echeverría, Deuda externa en América Latina, op. cit., S. 32.

20 Dies auch mit Anlehnung an die "minca", aus der Indio-kultur, die nach dem Prinzip funktioniert. "Heute hilfst du mir, morgen helf ich dir".

21 Vgl. Javier Iguíñiz Echeverría, in: Deuda externa en América Latina, op. cit., S. 96.

22 Ich hatte am 7. August 1996 die Gelegenheit, anlässlich des Besuchs des Armenviertels "El Milagro" außerhalb von Lima, mich mit dem Anthropologen Luis Mujica zu unterhalten. Luis Mujica ist Professor an der Katholischen Universität in Lima.

23 Vgl. Denyse Menard, Políticas sociales, desarrollo y pobreza, in: Paginas, Nr. 139, vol. XXI, Juni 1996, S. 20.

24 Während den ersten Jahrzehnten der Unabhängigkeit Perus (28.7.1821) wird Peru von Militärs regiert. Viele Militärs waren in diesem Jahrhundert Präsidenten des Staates. Noch heute betrachten sie sich als Garanten des Staates. Auch Fujimoris Politik und Macht stützt sich ganz auf sie.

25 In: Los escenarios del postfujimorismo, in: La República, La agenda olvidada, S. 3.

26 Die APRA-Partei (Alianza Popular Revolucionaria Americana), die ein sozialistisches Modell für die Andenstaaten anstrebt, wurde 1924 von Víctor Raúl Haya de la Torre im mexikanischen Exil gegründet. Mit der Wahl ihres Kandidaten Alán García bildete die APRA erstmals 1985 eine Regierung. Heute lebt Alán García außer Landes, da von der peruanischen Justiz wegen Korruptionsgeschäften gesucht. Ihm wird vorgeworfen, er habe in 10 Jahren Gelder im Werte von 400.000 US\$ unterschlagen.

27 Fujimori exhorta a la población a consumir menos carne de pollo, in: GESTION, 1. August 1996, S. 11. Dabei sagte er auch, daß Peru momentan monatlich 40 Tonnen Quinoa exportiert, mittelfristig jedoch auf 100 und dann auf 200 Tonnen steigen werde.

28 Eigenes Interview mit dem Anthropologen Luis Mujica am 7. August 1996. Er nennt diesen peruanischen Charakterzug "ideología popular". Mujica zufolge, charakterisiert das einfache Volk den Präsidenten folgendermaßen: "Diktator", "autoritär" (beide Male jedoch eher im positiven Sinn), "ein Individualist".

29 In: La República, Especial, La agenda olvidada, 28. Juli 1996.

30 Fujimori admite grandes dificultades económicas, Año difícil y sin aumentos, in: La República, 29. Juli 1996.

31 Eigenes Interview, 25. Juli 1996.

32 Eigenes Interview, 7. August 1996.